







Main table containing stock market data for various companies, organized into columns with company names and prices.

Unternehmens- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt, urn:nbn:de:hbz:3:1-171133730-1687216x191304162-14/fragment/page=0004

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 15. April 1913

Am Bundesratsstische die Staatssekretäre Dr. Deßloch und v. Jagow.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung nach 1 1/2 Uhr. Das Haus legte die Spezialberatung des Etats für das nächste Geschäftsjahr vor.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow: Die Vorfrage in Nancy sind mir bisher nur aus Telegrammen von Wolff's Telegraphischem Bureau und aus der Presse bekannt. Sollten sie sich in ihrem vollen Umfange bestätigen, so würden sie allerdings als höchst bedauerlich zu bezeichnen sein (Zustimmung) und einen traurigen Beweis dafür bilden, wie sehr die chauvinistischen Zwickelreiter über die Gemüter Macht zu gewinnen vermögen, und wie gefährlich sie sind. Der Kaiserliche Vorkämpfer in Paris ist angewiesen worden, die französische Regierung um eine Klarstellung zu ersuchen, und, wenn die Nachrichten sich als begründet erweisen sollten, Vorstellungen wegen des mangelhaften Schutzes der betroffenen Deutschen zu erheben. (Beifall.) Ich muß nochmals wiederholen, daß der

auswärtige Dienst

nicht eine Domäne der Autokratie ist, und daß auch mir nichts ferner liegt, als der Wunsch, ihn zu einer solchen werden zu lassen. Immerhin aber erfordert die diplomatische Kaufbahn den Besitz gewisser eigener Mittel. Ich werde mich mit Sorgfalt prüfen, wie sich der Gedanke der Resolution in einer für den Dienst erproblichen Weise ausgestalten lassen wird. Ganz ohne eigene Mittel wird es sich auch in Zukunft kaum machen lassen. Jedemfalls wollen Sie versichert sein, daß mir bei der in der Resolution ausgesprochenen Gesichtsrichtung sehr sympathisch ist. (Beifall.) Dem Vorwurf, als ob für die Annahme unserer jungen Diplomaten oft Protektion maßgebend wäre, muß ich entschieden entgegenzutreten. Ferner möchte ich hier noch auf Grund eigener Beobachtungen sagen, daß das unrichtige Urteil, das man bei uns über die Leistungen der deutschen Diplomaten so vielfach hört, im Ausland ebenfalls nicht geteilt wird. Gehten Sie mit den Hinweis, daß die Berufsunfähigkeit der Beamten im Ausland durch ein übermäßig einseitiger Kritik nicht gerade erhöht wird. Der Fortschritt, unsere künftigen diplomatischen und konsularischen Vertreter gründlich in die Gebiete des wirtschaftlichen Lebens einzuführen, wird mit Nachdruck entgegnet. Zu diesem Zweck sind im Auswärtigen Amt wissenschaftliche Kurse eingerichtet, die für sämtliche Anwärter des diplomatischen und konsularischen Dienstes obligatorisch sind. Zur Ausbildung der Anwärter für den diplomatischen Dienst gehört ferner regelmäßig eine längere Tätigkeit bei einer Konsularbehörde. Während der zwei Jahre, die sie im Auswärtigen Amt arbeiten, werden sie ebenfalls wie die Konsularanwärter vorwiegend in der rechtlichen und handelspolitischen Abteilung ausgebildet. Zudem haben alle Anwärter und Sekretäre im Auslande alljährlich eine größere handelspolitische Arbeit einzureichen. Bei der Besetzung der höheren Stellen des diplomatischen Dienstes steht es nicht an aufmerksamer Berücksichtigung der handelspolitischen Bedürfnisse. Der Hg. Freiherr v. Nitschborn meinte, daß die Konsulatsausbildung für alle diplomatischen Missionen genügen müsse. Ich kann mich dieser Auffassung nicht unbedingt anschließen. Es gibt Stellen, auf denen die Behandlung politischer Fragen in erster Linie steht. Es besteht eine Trennung zwischen den beiden Zweigen des auswärtigen Dienstes nicht in dem Maße, wie es vielfach angenommen wird. Das eine vollständige Vermischung der Vorbereitung aber im Interesse des Dienstes wäre, davon kann ich nicht vorläufig noch nicht überzeugen. Da, wo ich wirklich vorhandene Mängel unserer auswärtigen Dienstes finde, werde ich sie gewiß ansprechen lassen. (Beifall.)

Hg. Dr. Dertel (Deutschf.):

Ich glaube, daß wir nach dem, was wir hier gehört haben, dem Nachfolger Ribbentrop'scher unter Vertrauen nicht verlassen können. Was wir von ihm über den diplomatischen Dienst gelernt haben, dem kann ich im Namen meiner politischen Freunde fast in allen Punkten zustimmen. Wir haben der Resolution der Budgetkommission zugestimmt und werden es auch in diesem Sinne. Der Staatssekretär würde gut tun, wenn er den Zugang zum diplomatischen Dienst nicht von den Bestleistungen eröffnet, sondern wenn er auch dafür sorgen würde, daß diese im Auslande bleiben und es nicht vorzeitig verlassen. Es nicht hier Redakteure ausschließlich geeignet sein, lasse ich natürlich dahingestellt. (Stürmische Beifall.) Auch abgesehen davon, daß der Beruf eines Redakteurs bedeutender ist als der eines untergeordneten Diplomaten, Vorkämpfers oder Vorkämpfers. (Stürmische Beifall.) Es hat auch Offiziere gegeben, die sich dafür eignen. Rom

Balkankrieg

sind nicht nur die Diplomaten, sondern auch die hellhörige Börse und die noch hellhörigere Presse betroffen worden. Nachdem die Übersetzung aber einmal zustande gekommen war, haben Regierung und Diplomatie haben eingeschlagen, die uns richtig zu sein scheinen, und ich bin beauftragt, hier die Haltung der deutschen Diplomatie seit dem Beginn des Krieges an zu erkennen. (Beifall.) Wenn ich dies ausspreche, so muß ich doch sagen, daß die „Laten“ der europäischen Großmächte-Diplomatie allerdings nicht sonderlich imponierend waren. Das ist aber keine Schuld unserer Diplomatie, sondern es lag in den Verhältnissen. Wir mußten auf alle Fälle einen europäischen Krieg vermeiden. Die Hoffnung, daß nur der Friede gefördert ist oder die Friedensverhandlungen einen schnelleren Verlauf nehmen müßten, kann ich nicht teilen. Es ist sehr schwer, den Widerstand des Bürgertums der Schwerkriegs-Verger zu brechen. Ich will dieses Verhalten nicht tadeln, weil ich die Glücke des Präsidenten nicht bemessen möchte (Beifall), dem der „Vormärts“ nachgelagt hat, daß er wegen seines letzten Ordnungsrufs einen hohen montenegrinischen Orden erhalten hat. (Beifall.) Es muß erwogen werden, ob es nicht möglich ist, im Einverständnis der Mächte den hohen Herrn durch eine Entschädigung zur Vermunft zu bringen. (Beifall.) Ich lasse es dahingestellt, ob die Entschädigung in bar oder in Naturalien besteht. (Stilleige Beifall.) Was

unser Verhältnis zu Rumänien betrifft, so billige ich vollkommen, daß demzufolge, soweit es möglich war, die Ansprüche Rumänien nicht zurückgegeben wurden. Ich würde bedauern, wenn die Regierung dem Staat des Hg. Bernheim folgen wollte, sich in die inneren Angelegenheiten Rumänien zu mischen wegen der Behandlung der dortigen Juden. Man kann bedauern, daß die rumänische Regierung von den Sorgen dieses Volksteils nicht genügend durchdrungen zu sein scheint. (Beifall.) Wenn Sie, v. D. den nicht naturalisierten Juden vom Deeresdienst fernhalten, so ist das doch keine

Unmenslichkeit. Man würde vielleicht auch in anderen Staaten die Frage aufwerfen können, ob nicht in ähnlicher Weise vorgegangen sei. Ich werde sie nicht auf. Was die Türkei angeht, so ist eine starke, innerlich befähigte Türkei auch in Vorbereitung für unsere wirtschaftliche Entwicklung beiderseits. Wir haben da auch nicht in erster Linie, aber wir dürfen uns — so weitpolitisch das Mittel, so selbstverständlich ist es doch — an einem Punkte der Welt unsere Zukunftssicht verankern lassen. Schmer wird die Sache in Chinas werden. Dort sind Konflikte faktoren möglich, die uns mit Aufbruch auch nicht in Genesung, so doch in gewisse Meinungsverschiedenheiten bringen können. Industrie und Handel müssen in China die offene Tür behalten.

Interne Beziehungen zu England

sind nicht nur bessere, sondern gute geworden. Wir müssen immer daran denken, daß diese Besserung nicht nur im Interesse des Deutschen Reiches, sondern auch in dem des Englands liegt. (Zustimmung rechts.) Wir wünschen dringend, daß diese besseren Beziehungen auch in einem konkreten Niederbeschlag ihren Ausdruck finden. Als einen solchen konkreten Niederbeschlag würden wir es besonders begrüßen, wenn die Ansprüche der im Vorkriegsgeschäftigen Deutschen auf den englischen Markt besser als im Vorkriegsbetrieb befriedigt würden. Die deutsche Regierung hat das ihrige getan. Frankreich steht heute im Vordergrund des allgemeinen Interesses. Mein Neugier in Deutschland hegt einen Blick gegen die französische Regierung oder gar gegen das französische Volk. Möge man drinnen aber nicht daran denken, daß wir Elfenbeintürme oder nur Zelle davon abtreten. Wir sind jedoch von einem Verhängnisvolle leider noch sehr entfernt. Wir bedauern das; wir wollen von Frankreich nichts. Ich möchte den Staatssekretär bringen bitten, zu veranlassen, daß möglichst bald eine amtliche Auffklärung erfolge über die Vorgänge in Valenciennes und namentlich über die Art, wie das Zeppelein-Vorkaufs durchsucht und durchzuführen worden ist. Die Öffentlichkeit wartet darauf. (Beifallige Zustimmung.) Ich kann trotz der Rede des Staatssekretärs an dem

Beruf von Nancy

nicht ganz vorübergehen. Haben Sie in den letzten Jahrzehnten gehört, daß französische Staatsbürger in Deutschland so oder nur ähnlich behandelt worden seien, wie deutsche Staatsbürger angeblich in Nancy behandelt worden sind? Wenn es richtig sein sollte, wir haben ja noch keinen authentischen Bericht, aber selbst wenn manches übertrieben wäre, dann würde das deutsche Volk von seiner Regierung unbedingt ermahnen müssen, daß es eine entsprechende, angemessene Sühne mit allem Nachdruck verlangt. (Beifallige Zustimmung.) Das brauchen wir uns nicht gegen zu lassen. Der Hg. Bernheim hat auch wieder die Friedensschmelze gebrochen und ein Loblied auf den allgemeinen Beifrieden der Welt angestimmt. Wenn wir den Frieden sichern wollen, so kann unser Standpunkt kein anderer sein, als daß wir Wert legen auf eine tüchtige, gute, ehrenvolle Politik und vor allen Dingen auf ein tüchtiges, gutes, schlagfertiges und damit regelgerechtes Heer. (Beifallige Zustimmung.)

Hg. Redebur (Soz.):

über die bedauerlichen Vorkommnisse in Nancy hat sich der Staatssekretär sehr vorsichtig nur auf unwürdige Nachrichten stützen können. Aber ich finde es sehr unglücklich, daß der Staatssekretär daran die Bemerkung knüpfte, da sehr man wieder, wie gewaltig die chauvinistische Luft in Frankreich im Anschwellen begriffen sei. Ich hatte den Eindruck, daß er dies unglückliche Vorkommnisse ausnutzen wollte, um bei uns den Chauvinismus aufzuwecken. (Lachen rechts.) Man hat die Heeresverfälschung mit der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich beantwortet. Auf die chauvinistische Stimmung in Frankreich muß es aufzufallen wider, wenn ein im Interesse Deutschlands und des Weltfriedens tätiger französischer Abgeordneter in Magdeburg und Braunschweig ausgewiesen wird. In der Frage des diplomatischen Dienstes stimme ich ausnahmsweise im allgemeinen mit dem Staatssekretär überein. Der

Hg. Scholt

hoffen, daß es vermieden werden muß, daß durch Mittelpersonen Genuß in Stellungungen gelangen, die durch wertvolle Einflüsseungen großen Schaden anrichten können. (Beifallige Zustimmung.) Eine Kritik des Verhaltens des Kaisers ist unzulässig. Die Aufstellungen hätten eigentlich einen Ordnungsruf verdient, aber ich will in diesem Augenblicke davon absehen. Eine weitere Befähigung der Türkei ist für uns höchst wichtig. Es muß der Türkei ermöglicht werden, sich innerhalb der Rüste ihres Bestimmung zu einem modernen Staate umzugestalten. Der Despotismus Erlaß an Montenegro ist ein russisches Programm und sehr gefährlich. Der Parlamentarismus ist nur eine Erfindung russischer Jazepolitiker, mit der sie die Welt und jetzt auch Herr v. Bethmann Hollweg eingelegt haben. Der russische Jar unterdrückt das polnische Volk mit größter Brutalität, der russische Jar und seine Helfershelfer haben keinerlei in Bulgarien die ungeheuerlichsten Staatsverbrechen anzustellen lassen, das ist eine gescheitete Tatfrage. (Der Präsident rief den Redner wegen dieser „Aussetzung zur Ordnung.“) Der Reichstagsrat ist auf diese russische Machthabeingefallen. Die deutsche Regierung muß dem Gedanken der Nationalitäten-Toleranz im internationalen Konzert zum Durchbruch verhelfen. Sie muß den Gedanken jenseits und vor allem aber im eigenen Lande betätigen. Mit den Polen zu sprechen würde man den Spieß gegenüber der Jazepolitik umdrehen können. Damit wäre auch die Kriegsgefahr von Europa abgewendet. (Beifall bei den Soz.)

Präsident Dr. Kaempf rief den Redner nachträglich zur Ordnung. (Beifall.)

Staatssekretär v. Jagow:

Einige Äußerungen des Herrn Hg. Redebur sind zwar schon durch den Ordnungsruf des Präsidenten gerügt worden. Ebenso, wie ich die Äußerungen über Seine Majestät den Kaiser bedauern muß, möchte ich doch auch noch Bemerkungen einlegen gegen die Äußerungen, die der Herr Abgeordnete gegen den Herrscher eines befreundeten Landes und dessen Politik gebraucht hat. (Bravol rechts.)

Präsident Dr. Kaempf: Ich muß hierzu bemerken, daß diese Äußerung von mir schon gerügt worden ist. Damit scheidet sie aus der Verhandlung aus.

Hg. Prinz zu Schönau-Carolath (Nat.):

Die Vorkälle in Nancy sind selbst zu bedauern. In Ungewissenheit und Verwirrung der Behörden vorzutreten. Wir erwachten aber noch Unterstützung des das Niedergehen des Zeppeinens. Die Sozialdemokratie selbst hat über die Behandlung ihres französischen Genossen in Valenciennes die Deutschen im Reich vorzuführen zu befehlen, wenn eine Behörde vor den Angriffen bewahrt bleibt. In Rumänien innere Angelegenheiten wollen wir uns nicht einmischen. Ich freue mich, daß zwischen England und Deutschland bessere Beziehungen entstanden sind. Eine Verbindung mit England ist für uns von dem größten Wert. (Beifall.)

Hg. Dr. Müller-Meinungen (Fortf. d. Sp.):

Ich bedauere die Unzufriedenheit der deutschen Bureaufreiter gegen den Franzosen Compère Morel. Eine gewisse Großzügigkeit wäre hier am Platze gewesen. Bezüglich der östlichen Politik kann ich sagen: von Bernheim bis zum Bürgerlichen Vorkämpfer ist man einer Meinung, daß es falsch wäre, noch lange mit der Anerkennung der jungen chinesischen Republik zu warten und noch erst der Frage nachzutreten. Wir können die bisherige deutsche Politik gegen China nicht billigen. Wir müssen verlangen, daß die Diplomatie nicht zu Hofmannen verwardt wird. Der Ausbruch des japanisch-russischen Krieges war unsere Diplomatie herbeizuführen, ebenso bei der Annexion Bosniens 1908 und zuletzt 1911 beim Ausbruch des Balkankrieges. Man hat das Herbeizuführen auf die Diplomatie übertragen. Es herrscht nur eine Stimme, daß die Verhältnisse von Grund auf reformiert werden. Also mit dem bisherigen bürokratisch-höflichen System muß gründlich gebrochen werden. (Beifall links.)

Unterstaatssekretär Zimmermann:

Die gestrige Erklärung des Staatssekretärs in der Frage der Anerkennung der Republik China geht dahin, daß wir, sobald die Präsidentenwahl vollzogen sei, auch der Frage der Anerkennung nachzutreten würden. Wenn das hieße interpretiert wird, daß das nach alten diplomatischen Grundsätzen, wir können auch nicht arbeiten, wir sind einflußlos, Herr Abgeordneter Dr. Müller-Meinungen, und werden es Ihnen auch hier wieder einmal beweisen. Wir haben über die Verhinderung auch eine Stellung nicht zu legen gehabt. Die Verhinderung ist sehr gut, vielleicht nicht so gut wie die des Herrn Dr. Müller-Meinungen, die sich auf Rat und Trastich der Ghanahier Vars stützt. (Unruhe links.) Daß wir allein die chinesische Anleihe nicht geben können, wird auch durch Dr. Müller-Meinungen klar sein. Dann führt der Hg. Dr. Müller-Meinungen Besondere darüber, daß unsere diplomatischen Vertreter im allgemeinen zur gereinigten Zeit nicht auf ihren Vorkämpfer sind. Die Beamten sind nur Vorkämpfer und brauchen auch Urlaub und Erholung. (Beifall rechts.)

Hg. Dr. Bernheim (Nat.):

Ich habe den Herrn Unterstaatssekretär nicht unterbrochen; er scheint mir doch nicht am Platze, Abgeordneten, die gemeinschaftlich auf Grund von Informationen ihre Ausführungen machen, vorzuzerren, daß sie das auf Grund von Rat und Trastich tun. (Unruhe rechts.)

Unterstaatssekretär Zimmermann:

Ich weiß nicht, ob eine derartige Kritik eines Vertreters der Bundesregierung dem Präsidenten zuzuführen.

Hg. Dr. Bernheim (Nat.):

Ich habe keine Kritik geübt, sondern nur den Wunsch ausgesprochen, daß solche Äußerungen nicht stattfinden. (Wiederholte Unruhe und Zurufe rechts.)

Hg. Dr. Bernheim (Nat.):

Kein politisches reifes Volk wird es uns verzeihen, wenn wir unsere eigenen Interessen stets in den Vordergrund stellen. Das Zusammenwirken Deutschlands und Englands ist erstrebenswert. Der französische Chauvinismus zeigte sich weit vor unserer Deerevorlage.

Hg. Dr. Pfeiffer (Centr.):

Wir schließen uns der Ansicht des Staatssekretärs über den Vorkfall von Nancy an. Bezüglich des 3. 4. 11. Falls ist die Auffklärung dringend nötig. Über die Balkanverhandlungen sollte uns alsbald ein Weißbuch vorgelegt werden, damit wir nicht auf Rat und Trastich angewiesen sind. (Sehr gut!) Den jetzt eingetretenen zehnjährigen Waffenstillstand auf dem Balkan begrüßen wir. Angenehm wäre es wohl gewesen, wenn der Reichstag das chinesische Parlament begrüßt hätte. Über die Anerkennung des deutschen Kaufmanns durch den Staatssekretär sind wir durchaus befriedigt; die Haltung unserer Behörden im Auslande muß sich aber ändern, wenn der deutsche Kaufmann noch weiter Vertrauen haben soll. (Beifall im Zentrum.)

Unterstaatssekretär Zimmermann:

Ich habe nicht im entferntesten die Gewissenhaftigkeit des Hg. Müller-Meinungen in Behandlung seines Materials im Zweifel ziehen wollen. Die und die Mongolei sichern sich gegenseitigen Schutz der Interessen zu, für unseren Handel wollen wir die offene Tür schließen.

Hg. Dr. Baader (Nat.):

Unsere Zukunft liegt auf und über dem Wasser, wir sind gezwungen, Weltwirtschaft zu treiben. Aus meinen Erfahrungen in China kann ich nur bestätigen, daß unsere dortigen Beamten vollaus ihrer Schuldigkeit tun. Um das deutsche Ansehen in China zu heben, ist vor allen Dingen notwendig, daß wir größeren Einfluß auf das dortige Schulwesen gewinnen. Auch auf den Ausbau der Hochschulen muß größeres Gewicht gelegt werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär v. Jagow:

Ich muß auf die Angelegenheit des Ordnungsrufs noch zurückkommen. Ich bin mir nicht im Zweifel gewesen, daß mit einem Ordnungsruf des Präsidenten eine Sache für das Parlament erledigt ist. Ich muß es aber für mich in Anspruch nehmen, meinerseits Bemerkungen einzulegen in einer Angelegenheit der auswärtigen Politik, wenn dies zur Abwehr eines Angriffes im Interesse der Vorkämpfer zu anderen Vorkämpfern notwendig erscheint. (Bravol rechts.)

Hg. Dr. Weill (Soz.):

Ein gewisser Chauvinismus in Frankreich ist nicht zu erwarten, seine Stillhaltung wird aber herrschen. Die Pariser Wälder sind einzig in ihrer Stellungung in Paris.

Wir erfreulicher Offenheit bedauern Sie diesen Fall. Jede Annäherungsmöglichkeit zwischen Deutschland und Frankreich fällt auch gewissen Kreisen in Deutschland auf die Nerven. Die Verletzung der Autonomie in Albanien ist unbedingt nötig; da handelt es sich nicht um ein Gnadengebet, sondern um die Erfüllung einer selbstverständlichen Forderung.

Hg. Mithorn (Fortf. d. Sp.):

Der freie Handelsverkehr an der Westküste der Arabos wird durch das Eingreifen der französischen Regierung geradezu unmöglich gemacht. Wegen das Unwesen der französischen Handelspolitik in Syrien und Libanon und ihre Verwundung auf deutschen Grund und Boden müssen wir uns entschließen, und es ist zu bedauern, daß die deutsche Regierung nicht schon früher gegen diesen Menschenhandel für Afrika eingegriffen ist.

Unterstaatssekretär Zimmermann gab Auskunft über einen Zwischenfall in Galabien, bei dem Deutsche beteiligt gewesen sind und faste Prüfung ihrer Angelegenheit zu; Redner gab weiter eine Aufklärung über die Verteilung Deutscher bei der Arabienabteilung.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Dr. Spahn (Str.), Dr. Doose und Dr. Müller-Meinungen (Fortfchr. Sp.) vertagte sich das Haus zur Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr. Der Präsident kündigte an, daß in der nächsten Woche ein oder zwei Dauer- oder Abendkassen abgehalten werden würden. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 15. April 1912.

Von Regierungsside: Dr. Renze, Str. v. Schorlemer, Dr. Spahn.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Wiwig eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Bei der dritten Beratung des Staatshaushaltsetats für 1912 bemerkte in der Generaldiskussion

Abg. Spemann (Fortfchr. Sp.): Die Regierung bringt ihre Vorlagen zu spät ein. Die Zusammenlegung dieses Landes entspricht nicht den wirtschaftlichen und politischen Interessen des Landes. Insbesondere ist der Grundbesitz vertreten, während von der Industrie und dem Handwerker die wichtigsten Elemente, nur sehr wenige Mitglieder des Hauses sind. Darf die Zusammenlegung dieses Landes so bleiben, besonders im Hinblick auf die großen Vorklagen, die wir jetzt im Reichstag haben? Das Volk kann Kompensationen verlangen, für die großen Opfer, die es bringen soll. Der preussische Kriegsminister erklärte im Reichstag, daß, was die Armeesache macht, außer der Ausbildung und der Ausbildung auf der Westseite, das Vaterland soll für alle ein ethischer Begriff sein, dazu gehört, daß der Bürger auch Rechte, nicht nur Pflichten hat. Wie sieht es denn mit unserem Wahlrecht aus?

6 1/2 Millionen preussischer Staatsbürger wählen in der dritten Klasse. Ein solches unredliches Wahlrecht kann schließlich nur dahin führen, daß die Sozialdemokratie immer größere Erfolge hat. Die Verteilung der politischen Kräfte in diesem Hause entspricht der Verteilung der wirtschaftlichen Kräfte im Vaterland nicht. (Widerpruch rechts.) Was 1860 für die Wahlrechtsverteilung galt, kann heute nicht mehr gelten. Klavierl. Hoffnung, daß bei den nächsten Wahlen etwas Gutes herauskommen wird, haben wir bei der Fälschung der Sozialdemokratie ja nicht. (Ermittliche Deckerlei rechts.) Wir sind der Zukunft, das preussische Volk wird nicht verfallen, denn es ist mündig geworden. (Beifall links.)

Abg. Veinert (Soz.): Runkliche Hemmungen durch ungerechte Wahlsysteme hat es in allen Ländern gegeben, aber überall war damit der Fortschritt des nicht aufgehoben. Bei dieser Dreiklassenparlamentäre wäre ja richtiger die Bestimmung des Einkommens element, denn es ist nur die eine beständige Klasse vertreten, die ein Interesse an der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Verfassung hat. In Rußland und Braunschweig hat die Polizei eine grenzenlose Blamage erlebt und das Ansehen des Deutschen Reiches im Ausland herabgesetzt. Die Demokratisierung der Staatsverwaltung bedeutet natürlich die Verkrüppelung der Inneren Verfassung. Das soll natürlich nicht die Regierung, die in ihrem Kampf gegen das Volk durch dieses Dreiklassenparlament unterstützt wird. Die reformatorische Partei hat bei 417000 Stimmen jetzt 216 Abgeordnete, während wir Sozialdemokraten bei 600000 Stimmen nur 8 Abgeordnete haben. Wenn Sie eine bezügliche Zusammenfassung eine Vertreter der preussischen Wähler. Dem arbeitenden Volke sind alle Vorklagen aufgegeben, aber die Wählerbestimmungen werden entfallen. Und die Reichsregierung folgt gesamt mit den Konserwativen. Die neuen Vorklagen werden tatsächlich nicht von den bestehenden Klassen getragen. Die Leistung der bestehenden Klassen wird feierlich gegen das, was den breiten Massen dadurch an Vorklagen aufgegeben wird. Wir werden dafür einstehen, daß das Volk einen einheitlichen Willen bekommt, den Willen zur Tat. Die Erziehungsbefähigung für die Geistlichen waren natürlich viel nötiger, als daß man den Hunger der Kinder der Unterbeamten füllte. Der Gutsherr von Gedenen, dessen Zivilliste wir erhöht haben, hat selbst zugegeben, daß er damit ein glänzendes Geschäft gemacht hat. Er ist also ein Stütze der preussischen Wähler. (Präsident Graf v. Schwerin-Wiwig: Ihre letzten Ausführungen sind unangenehm, ich rufe Sie zur Ordnung!) (Beifall rechts.) Die erwähnte Ordnung besteht noch. Das Volk leidet unter einer unglaublichen Lebensmittelverknappung. Dazu kommt, daß die jetzige Konjunktur im Schwund begriffen ist. Trotzdem steht die Regierung diesen wirtschaftlichen Erscheinungen vollständig sorglos gegenüber. Durch die staatlich unterstützte Jugendbewegung wird man die Sozialdemokratie nicht bekämpfen können. Wir begrüßen den belagerten Generalstreik und bringen den belagerten Arbeitern die heraldischen Glückwünsche zum Gelingen ihres grandiosen Kampfes dar! (Beifall bei den Soz.) Sie (zur Rechten) rufen immer Ihre Königstreue. Sie sind nur Königstreue, weil das königliche Verprechen der preussischen Wählerform noch nicht eingeleitet ist. (Widerpruch rechts.) Es ist ein gebrochener Verprechen. (Beifall links.) (Präsident Graf v. Schwerin-Wiwig: Sie haben sich zum zweiten Male eine starke Ungebühr erlaubt auszusprechen, ich rufe Sie zur Ordnung!) (Beifall rechts.) Wir führen allerdings einen Wahlkampf mit ungleichen Waffen, alles ist gegen uns, aber in diesem Kampf wird es sein. Wenn dem Staat. Das Volk wird doch Sieger werden über die Gewaltverhältnisse. (Beifall bei den Soz.)

Minister des Innern v. Dahmsig: Die Ausweitung eines französischen Genossen in dem Ministerium noch nicht vorgeschlagen worden, ich bin auf die Zeitungsberichterstattung angewiesen, und wenn die zutreffend sind, nehme ich nicht Anstand, Ihnen heute zu erklären, daß das Vorgehen der Polizeibehörde nicht nur berechtigt, sondern geradezu selbstverständlich war. (Beifall rechts.) Zu einigen allgemeinen Bemerkungen bin ich noch genötigt durch die Ausführungen des Vorredners, die lediglich von der Tendenz getragen sind, das preussische Staatswesen im Inlande und Auslande zu distrahieren. (Recht richtig rechts, Zurufe bei den Soz.) Denn einen anderen Zweck konnte es nicht haben, wenn die Abg. Stroebel, Rückwärts usw. hier immer wieder das Dreiklassenwahlrecht als ein ungeschicktes Wahlrecht bezeichnet. (Abg. Hoffmann: Verlesungsbüchlein!) einen anderen Zweck konnte es nicht haben, wenn der Abg. Rückwärts im Reichstag von den schamlosen politischen Verhältnissen in Preußen und der Abg. Stroebel von der hinterlistigen Verdrängung der Rechte der Wählermittelpunkte sprach (Abg. Hoffmann: Sehr gut!) und wenn der Abg. Stroebel sogar den Versuch machte, die gesamten preussischen Beamten, insbesondere die Landräte, als Verrentenämner, ja gewissermaßen als Agenten des Großkapitals und der Unternehmer zu stigmatisieren. (Zwischenruf bei den Soz.) Das bezügliche Beweismaterial Untersuchungen und Verrechnungen sind ersandt. Ich

von aus der Tatsache, daß die Ordnung der Arbeiterverhältnisse auch für Preußen in der Hauptsache nicht Sache der Landesgesetzgebung, sondern der Reichsgesetzgebung ist. Das Reich hat in den letzten Jahrzehnten mit Zustimmung, ja weitaus auf Veranlassung der preussischen Regierung, mehr für die

Besserung der Arbeiterverhältnisse geleistet, als irgend ein anderer Staat. (Sehr richtig rechts.) Auch die preussische Gesetzgebung hat die auf die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse gerichteten Bestrebungen zu jeder Zeit selbstverständlich unterstützt und ergänzt. Wenn auch allem die Herren Sozialdemokraten sich nicht gefallen, immer wieder die seitdem bekannten alten und schon verlassenen Schlagwörter von der Entziehung und Restriktion, von der Ausbeutung und Verelendung der breiten Massen des Volkes hier vorzubringen, so drängt sich geradezu die Frage auf: wo kommt es denn, daß, wenn tatsächlich solche verrotteten und ungeheuren Zustände in Preußen obwalten, wie die Sozialdemokraten glauben machen wollen, daß unsere einheimische Arbeiterchaft dauernd im Inlande bleibt? (Sehr richtig rechts.) Wasgen bei den Soz.) Wie kommt es denn, daß speziell in Preußen die Auswanderung auf den Kontinent herabgelassen ist, während vor nicht langer Zeit von der Zurückführung unserer Arbeitskräfte und Sozialpolitik ein sehr ungeschickter Versuch der werksichtigen Bevölkerung abgewandert? Wie kommt es denn, daß gerade umgekehrt jetzt alljährlich ausländische Arbeiter in Scharen zu uns herbeiströmen, hier zu bleiben und sich einbürgern lassen? Sie kommen zu uns, weil Sie in unserem preussischen Vaterlande bessere Arbeits- und Lebensbedingungen finden als in ihrer Heimat. (Sehr richtig rechts.) weil unsere Gesetze und unsere Behörden den Arbeitern Schutz und Rückhalt gewähren und ihre Interessen wahrnehmen, so weit dies nur mit den Interessen der Gesamtheit vereinbar ist. (Beifall bei der Rechten.) Nicht um die Großkapitalisten zu begünstigen und die Großunternehmer zu schützen, wie die Sozialdemokraten behaupten, sondern der Regierung behelfen, indem sie die Regierung in erster Linie beraten ist, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung gegen den Ansturm der Sozialdemokratie zu verteidigen. (Sehr richtig rechts.) Wir bekämpfen die Sozialdemokratie, weil sie die geistlich und rechtlich begründete monarchische Spitze in Preußen und im Reich beseitigen und durch die Republik ersetzen will. Denn die Sozialdemokratie jetzt zur Erreichung ihrer verwerflichen Zukunftspläne sich ansetzt, den preussischen Staat durch die

Einführung des Reichstagswahlrechts oder eines noch radikaleren Wahlrechts zu erschüttern, so ist es Pflicht und Schuldigkeit der Regierung, den entgegenstehenden und notwendig geltenden Widerstand zu leisten. Wenn wir aber in allen diesen Dingen gerade bei der Interessenpolitik der minder bemittelten Schichten vorzugehen bezürhen, kann dann es nur als billiger erachtet werden, wenn in dem Landtag vorbereiteten Sachen, insbesondere im Unterrichts-, Finanz-, direkten Steuern, und der inneren Verwaltung, ein den kulturellen Verhältnissen der Bevölkerung weit entsprechendes abgestuftes Wahlrecht vorgelesen ist. Nach all dem kann die Einführung des Reichstagswahlrechts für den preussischen Landtag nicht infrage kommen, weil dies eine Schwächung der Grundlagen bedeuten würde, welche den preussischen Staat zum festen Bollwerk gemacht haben, an dem die Wellen des Unmuts sich brechen. (Beifall bei der Rechten, Zurufe bei den Soz.)

Abg. Str. v. Jödisch (Fortfchr. Sp.): Ich will nur erklären, daß wir in Übereinstimmung mit der Auffassung des Ministers der Meinung sind, daß der preussische Staat als solcher fort gegen alle sozialdemokratischen und verwandten Bestrebungen in seiner Eigenart fest erhalten werden muß. (Beifall bei der Rechten.) (Beifall bei der Rechten.)

Abg. Dr. Friedberg (Str.): Wir halten die Reform des Wahlrechts für eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung. Der Mittelstand leidet unter dem Terrorismus der Konserwativen. So lange die öffentliche Wahl aufrecht erhalten wird, kann der Mittelstand niemals zur Verbesserung gelangen. (Sehr wahr!) Ich begreife die Stellung der Regierung nicht. Sie hat eine Wahlreform vorgelegt, die schließlich bei der bürgerlichen Wählerklasse des Hauses nicht zur Verabschiedung gelangen konnte. Darum ist mein Schluß zu ziehen, daß die Regierung erst dann zu einer neuen Vorlage Veranlassung haben wird, wenn die Auffassung des Hauses geändert ist, das halte ich für eine große Schwäche. (Sehr richtig!) Die Rede, die der Abg. Veinert gehalten hat, war durchgehend mit allen Vadenhütern. (Sehr richtig!) Bei seinen Ausführungen hat der Abg. Veinert auch das Großgrundbesitzerum im Auge gehabt und eine Schlussfolgerung daran geknüpft, die ich nicht so ganz von der Hand weisen kann. (Große Deckerlei.) Es sind manche Anhaltspunkte vorhanden, daß unsere Staatsbehörden auch bei den nächsten Wahlen sich gewisse Begünstigungen zu Schulden kommen lassen. (Zustimmung links.) Man kann sich nicht wundern, daß die Art der Agitation der Sozialdemokratie einen Gegenstand erregt, um das in weiterem Ausmaß unseres Volkes der Wunsch laut wird, diese Art der Agitation mit 3-manngsregeln zu bekämpfen. Die Bevölkerung Deutschlands wird mit der Zeit begreifen, daß nicht diejenigen ihre wahren Führer sind, die den Krieg predigen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern diejenigen, die einen gerechten Ausgleich zwischen beiden wünschen. (Beifall bei der Rechten.)

Abg. Spemann (Fortfchr. Sp.): Der Minister meint, daß der kulturellen Entwicklung gemäß abgestufte Dreiklassenwahlrecht aufrecht erhalten werden. Es ist ungeschicklich, daß man ein Wahlrecht verteidigt, das seit 1800 einseitige Entfremdung unseres Vaterlandes einfach ignoriert. Hat doch jeder Mensch eine gewisse Anerkennung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Entfremdung erwecken haben, die eine Reform des Wahlrechts als eine wichtige Aufgabe der Gegenwart erscheinen läßt. Das Ideal, das wir verfolgen, ist ja die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Aber wir sind auch mit weniger zufrieden. Untersuchungen Sie die Gefahr der Sozialdemokratie nicht. Gegen sie wird man nur mit Erfolg vorgehen können, wenn man freien Staatsbürger gegenüber Gerechtigkeit läßt.

Abg. Stroebel (Soz.): Der preussische Sozialist in Rußland war Galt des deutschen Volkes, der Galt der Arbeiter. Man

muß von diesem verpöndlichen lassen. Er hätte die Möglichkeit, in Deutschland aufzukommen zu wirken über die Arbeiterschaft des französischen Volkes. Das ist für die ausländischen Arbeiter bei uns nicht wohl möglich, beweist die Tatsache, daß sie sich der Sozialdemokratie anschließen.

Abg. Herold (Str.): Wir erstreben mit aller Energie eine gründliche Reform des Wahlrechts, aber um Verhinderungen auf der einen Seite wollen wir nicht Verhinderungen auf der anderen Seite in Kauf nehmen.

Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Spemann (Fortfchr. Sp.) und Dr. Friedberg (Str.) wurde die Debatte geschlossen.

Nach weiteren persönlichen Ausführungen der Abg. Hoffmann (Soz.) und Dr. Friedberg (Str.) wurde in der Spezialberatung eine Abgabe des Reiches ohne Debatte genehmigt.

Beim

Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten bemerkte

Abg. Jödisch (Str.): Im Winterkündnis mit meinen Freunden habe ich indessen auf die Verhältnisse in Nordschleswig

folgendes zu erklären: Der Abg. Spemann vom 11. Januar 1907 legte der dänischen Regierung die Verpflichtung auf, ihrerseits alles zu tun, um die Bevölkerung der nordschleswigschen Bevölkerung durch dänische Agitation zu belebigen. Trotzdem beteiligten sich an dieser Agitation bis in die neueste Zeit hinein aktive dänische Beamte (Schrift führt), sogar auch Offiziere, sowie die dem dänischen Ministerium nachgehende Presse. Inzwischen der Staatenlosen in Nordschleswig sprechen wir die Erwartung aus, daß bei der geplanten Neuorganisation nicht wieder wie beim Ostpreußenvertrag verfahren wird, der 6000 Personen das Recht der preussischen Staatsangehörigkeit mit dem Erfolg gab, daß diese Ostpreußen nun offen in das dänische Lager übergingen. (Schrift führt!) Wir erwarten, daß sich die Staatsregierung nicht durch Rückfälligkeiten irgendwelcher Art beeinflussen läßt, bei der Entscheidung des Endgiltigen der Stärkung des Deutschen in der Nordmark. (Beifall bei der Rechten.)

Beim Etat der Fortkehrverwaltung bemerkte

Abg. Veinert (Soz.): Die Staatsfonds für Fortkauten reichen nicht aus. Deshalb müssen mehr Mittel für die Fortkauten zur Verfügung gestellt werden.

Die Abg. Dr. Schröder-Kassel (Str.), v. Kessel (Str.), Reiche-Heinrich (Str.), Dr. Goltz (Str.) und Hübner (Str.) legten dem Hause kleine Viten vor.

Landwirtschaftsminister Graf v. Schwerin: Die amtlichen Bestellungen über die Bodenverhältnisse in den Kreisen Soltau, Hanau und haben ergeben, daß wenige landwirtschaftliche Grundstücke beständig worden sind. Zur Förderung des Obstbaues ist die Landwirtschaftsverwaltung seit Jahren bemüht, die einzelnen Provinzen mit Hilfe der Landwirtschaftskammern nach Möglichkeit zur Unterfertigung der Interessenten zu veranlassen. Eine Vereinfachung ergiebiger Staatsmittel zu diesem Zwecke kann aber leicht zu einer gewissen Verengung bei der Anpflanzung von Obst führen. Die Regierung wird die Förderung des Obstbaues nach Möglichkeit unterstützen. Bezüglich der Befreiung der Termine für den Beginn und den Schluß der Schonzeit haben die Bezirksämter freie Hand. In der

Frage der inneren Kolonisation vertritt die Regierung die Ansicht, daß die Befreiung der Kolonisationsgebiete der Gemeinden und der zu diesem Zweck gebildeten Gesellschaften bleiben muß und daß der Staat sich selbst zum Träger der Befreiungen nicht machen darf. Dann möchte ich noch eine Darstellung des Abg. Veinert herbeiführen, die bezügl. in der amtlichen Stellung über die Verpachtung einer Domäne gegeben hat. Der Vorschlag war nicht mit einem Einkommen von 2700 Mark vereinbart, sondern er verteuerte ein durchschnittliches Einkommen von 12000 Mark.

Abg. v. Kessel (Str.): Ich bitte den Minister, 15000000 Mark mehr in den nächsten Etat zur Förderung des Obst- und Gemüsebaues einstellen zu wollen. Die Teuerung legt man einfach auf das Subsidium des Landwirts; sie liegt an den Verhältnissen eines sich schnell entwickelnden Kulturraates.

Abg. Veinert (Soz.): Falls meine Angaben über die Domäne nicht richtig gewesen sind, werde ich sie natürlich zurücknehmen.

Abg. Dr. Becker-Giefers (Str.):

Kürzlich wurde in einem sozialdemokratischen Betriebe einem Arbeiter, der höheren Lohn beantragte, angeantwortet, wenn es ihm nicht gefällt, könne er ja gehen. (Auf bei den Soz.): Das ist nicht richtig! Abg. Giefers: Gemeine Verächtlichkeit! — Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Wiwig: Ich rufe Sie wegen dieses Auspruchs zur Ordnung! Nebenher regte eine Änderung des Jagdgesetzes dahin an, daß bei dem Verlahren vor dem Kreisamtsrat beiden Parteien die Möglichkeit gegeben werde, die Sache vorzutragen.

Abg. Dr. Kugler (Fortfchr. Sp.): Die sozialen Seiten für die Landwirtschaft sind nicht gleichmäßig verteilt. Die Verteilung erfolgt vielfach zum Vorteil des Großgrundbesitzes und zum Nachteil für die kleinen Landwirte. Der Vorteil der Landwirtschaft geriet vielen Landwirten zum Schaden. Sie (nach rechts) suchen unter der Maske der Bauerneinkommen für die Vorteile für die Großgrundbesitzer zu erzielen. Der größte Teil der Landwirtschaft steht auf unserer Seite. (Beifall links, Zurufe rechts.)

Abg. Rückwärts (Vund der Landwirte):

Wenn es darauf ankommt, die Landwirtschaft gegen die Seuchen-Einführung aus dem Ausland zu schützen, dann sind die Preis-Einstellungen nicht zu haben. Wir treten in gleicher Weise für die Interessen des Großgrundbesitzes wie des kleinen Grundbesitzes ein. Aber ich auf dem Lande auf die Preisfragen verläßt, der ist verfallen genug. Als die Arbeiterverehrung auf dem Lande nicht bestand, hat der Arbeitgeber mehr für seine Arbeiter, als er jetzt nach dem Versicherungsrecht zu tun verpflichtet ist. Gegen die Aufschüttung des Volkes durch die Sozialdemokraten nehmen wir mit aller Energie Stellung. Wir treten vor allem ein für das Gebieten der landwirtschaftlichen Arbeiter.

Auf Antrag des Abg. v. Vappenheim (Str.) wurde die Debatte dann geschlossen.

Der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung wurde genehmigt.

Die Weiterberatung des Etats wurde auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Gerichtssaal.

— Schlichtiges Urteilst. Das Reichsgericht verurteilt die Revision des Bahndirektors G. o. m. b. H. der von Schwurrichter in Chemnitz wegen Vorbes zum Tode und wegen verurteilten Vorbes und Jagdvergehens zu einer Zuchthausstrafe von sechs Jahren verurteilt worden war.